

Dies ist ein Dank an die Schuldenbremse. Dieser Dank ist bitter: Danke sagen junge Familien der Schuldenbremse dafür, dass mehr als vierhunderttausend Kita-Plätze in Deutschland fehlen; und diejenigen Familien, die einen Kita-Platz ergattert haben, sagen Danke dafür, dass sie wegen der Betreuungslücken und der knappen Öffnungszeiten ihre Arbeitszeit reduzieren dürfen. Danke sagen die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindergärten dafür, dass sie so mies bezahlt werden; die Pflegerinnen und Pfleger in den Pflegeheimen schließen sich dem Dank an.

Danke sagen die Personalchefs der Unternehmen dafür, dass ihre Fachkräfte in den Wahnsinn getrieben werden, weil die Schule ihrer Kinder schon um 11.15 Uhr endet und der Kindergarten schon um 15 Uhr schließt. Danke sagen die Bahnfahrennden dafür, dass zwei von drei Fernzügen Verspätung haben und dass man dort, beim ICE-Fahren durch Deutschland, die Löcher im Wlan-Netz zählen kann. Rentner sagen Danke dafür, dass ihre Rente trotz aller politischen Versprechungen für ein sorgenfreies Altern nicht reicht. Und Danke sagen Kinder aus armen Familien dafür, dass die Kindergrundsicherung einen schönen Namen, aber kein Geld für diese Sicherung hat.

Warum ist das so? „Weil wir“, so sagen die Freunde der Schuldenbremse, „die Zukunft sichern müssen“. Die Zukunftsvorsorge, der Zukunftenschutz, wird auf diese Weise reduziert auf die Stabilisierung des Schuldenstands der öffentlichen Hand. So hat es am 15. November der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil zur Schuldenbremse apodiktisch und kleinkariert angeordnet. Daher wird sich auch dessen Erster Senat den bitteren Danksagungen anschließen können: Der Erste Senat hatte 2021 den zukunftsweisenden Beschluss zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gefällt und darin ebenso lapidar wie folgenreich festgestellt: „Ein unbegrenztes Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel stünde nicht im Einklang mit dem Grundgesetz.“ Das Urteil des Zweiten Senats zur Schuldenbremse entzieht aber nun dem Staatshaushalt die Mittel, die für die Transformation hin zur Klimaneutralität nötig wären. Der Zweite Senat konterkariert den Ersten Senat.

Judex non calculat, heißt ein altes Rechtsprichwort: Der Richter rechnet nicht. Vielleicht haben die Richterinnen und Richter des Schuldenbremsen-Urteils nicht damit gerechnet, was sie anrichten: Also danken auch die Klimawandelleugner der Schuldenbremse dafür, dass nun kein Geld mehr dafür da ist, den Klimawandel zu stoppen, den sie als „angeblichen“ Klimawandel bezeichnen. Die AfD

Danke für nichts

Die Schuldenbremse ist verfassungsgefährliches Verfassungsrecht. Sie behindert die Daseinsvorsorge und ruiniert die Verfassung der Menschen.

Von Heribert Prantl

lacht sich ins Fäustchen, wenn dem Staat und der Regierung wegen der Schuldenbremse und der von Karlsruhe verordneten Not nicht mehr zugetraut wird, Bildung und Forschung zu gewährleisten, die Wirtschaft am Laufen zu halten und soziale Schieflagen auszugleichen.

Die vor 14 Jahren ins Grundgesetz eingebaute Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse: Sie verhindert, dass in die Verkehrswege und in die Kommunikationswege investiert wird. Dass die maroden Brücken zügig saniert werden. Dass ein flächendeckendes Netz mit E-Tankstellen aufgebaut wird. Dass das, was über Jahrzehnte versäumt wurde, jetzt endlich und eilig mit großem Mehraufwand nachgeholt wird – zum Beispiel die Sanierung des Streckennetzes der Bahn.

Es handelt sich dabei um den Gessler-Hut des Grundgesetzes

Die Schuldenbremse erschwert die Wohnungsbauförderung. Sie behindert, summa summarum, eine kluge Daseinsvorsorge und eine familien- und arbeitsverträgliche Lebensinfrastruktur, wie sie zu einer Industrienation gehört, wenn sie erfolgreich bleiben will. Die Schuldenbremse blockiert die Einstellung des pädagogischen Personals, das für frühkindliche und schulische Bildung dringend benötigt wird. Der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze kritisiert die Schuldenbremse daher als eine Selbstbeschränkung der Politik auf konservative Haushaltsregeln. Die Schuldenbremse stehe für die „Angst der Politik vor der Freiheit“ – der Freiheit, selbst zu entscheiden, wie viel Geld sie gerade benötigt. Das sei, so Tooze, eine „Flucht vor der Verantwortung“.

Es ist makaber, wenn ausgerechnet eine Partei wie die FDP, bei der die Freiheit im programmatischen Mittelpunkt steht, sich hier für die Beschränkung dieser Freiheit am lautesten einsetzt. Das hat wohl damit zu tun, dass sie die Schuldenbremse als Instrument dafür versteht, den Sozialstaat zu bremsen – weil die FDP den für

eine Wohltaten-Verteilungsanlage hält. Das ist ein gewaltiges Missverständnis: Der Sozialstaat sorgt für inneren Frieden; er sorgt für Generationengerechtigkeit; er hält die Gesellschaft zusammen. Die Fehler, die er hat, lassen sich nicht mit einer Schuldenbremse reparieren.

Die Regelungen der Schuldenbremse und deren Ausführung erinnern an Friedrich Schiller – an das Drama über die Legende von Wilhelm Tell und an den Gessler-Hut. Die Geschichte datiert am Anfang des 14. Jahrhunderts. Der habsburgische Landvogt Hermann Gessler lässt einen Hut auf eine Stange stecken und befiehlt den Einheimischen, diesen jedes Mal zu grüßen, wenn sie an ihm vorübergehen. Weil Wilhelm Tell den Gruß verweigert, zwingt ihn der Vogt, mit der Armbrust einen Apfel vom Kopf seines Sohnes zu schießen. Tell tut widerstrebend, wie ihm geheißen, und trifft den Apfel. Er wird gefragt, wozu er sich einen zweiten Pfeil genommen habe. Tell antwortet: Wenn er sein Kind getroffen hätte, wäre der zweite Pfeil für den Vogt bestimmt gewesen.

Wir reden über den Gessler-Hut des Grundgesetzes. Eine öffentliche Erzwingung untätigen Fiskal-Verhaltens, wie sie der Gesslerhut verlangt, passt nicht zu einem modernen demokratischen Gemeinwesen. Wenn sie dazu führt, dass es leidet, wird dieses Prinzip gemeinwohlschädlich. Es handelt sich dann um verfassungsgefährliches Verfassungsrecht, weil eine Verfassung nicht dafür da ist, die Verfassung der Menschen zu ruinieren.

Es reicht dann auch nicht, den Hut umzuarbeiten. Der Gessler-Hut bleibt ein Gessler-Hut, ob es sich um einen schwarzen Zylinder oder um einen grünen Filzhut handelt. Er muss von der Stange. Die Artikel zur Schuldenbremse müssen aus dem Grundgesetz gestrichen werden.



Heribert Prantl ist Autor und Kolumnist der Süddeutschen Zeitung.